

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

01. Ausgabe /20. Jahrgang

Für Halle

19. Januar 2010

Oberbürgermeisterin soll unwürdiges Spiel beenden

„Nicht nur mit Geschäftsordnungstricks, sondern offensichtlich auch mit Täuschungen, versucht die hallesche Oberbürgermeisterin die Mitglieder des halleschen Stadtrates bezüglich der Schule am Jägerplatz an der Nase herumzuführen“; erklärte heute der Stadtrat und Mitglied des Bildungsausschusses, René Trömel.

Weiter erklärte er: „Im September forderte der Stadtrat per Beschluss die Oberbürgermeisterin auf, die bestehenden Mängel in der Schule zu beseitigen und einen alsbaldigen Schulbetrieb wieder zu ermöglichen. Diesem Beschluss folgte die Oberbürgermeisterin nicht, vielmehr beantragte sie nach zweimonatigem Nichtstun, den Beschluss aufzuheben. In seiner Sitzung vom 16.12.2009 lehnte der Stadtrat diesen Antrag mit knapper Mehrheit ab. Gegenüber Medienvertretern erklärte die Oberbürgermeisterin am selben Tag, dass es ihr nicht um die Schließung der Schule, sondern um ein stimmiges Konzept für die halleschen Förderschulen gehe.

Da schien sie offensichtlich nicht gewusst zu haben, dass ihr Beigeordneter Kogge am gleichen Tag eine Beschlussvorlage unter der Überschrift „Schließung der Förderschule Jägerplatz zum Schuljahr 2010/11“ erstellt hatte. Diese wurde am 17.12.2009 an die Eltern- und Schülervertreter versendet. Danach soll über die Schließung

der Jägerplatzschule in der Sitzung des Bildungsausschusses am 07.01.2010 beraten werden.

In der Einladung zum Bildungsausschuss vom 21.12.2009 ist diese Vorlage nicht nur nicht erwähnt, sie wurde auch nicht mit den Sitzungsunterlagen versendet. Im Übrigen wurde den Elternvertretern mitgeteilt, dass der Stadtrat am 27.01.2010 über die Vorlage befinden wird, sie sollen bis 15.01.2010 Stellung nehmen. Somit beabsichtigte die Verwaltung von Anfang an, dem Bildungsausschuss die Stellungnahme der Elternvertreter vorzuenthalten.

Als Mitglied des Bildungsausschusses habe ich nur dadurch von der Verwaltungsvorlage Kenntnis nehmen können, weil sie mir von den Elternvertretern zusammen mit ihrer Stellungnahme übersandt wurde.

Die Oberbürgermeisterin hat damit endgültig jedes Maß verloren. Nicht nur, dass sie unter Berücksichtigung des nach wie vor bestehenden Ratsbeschlusses von September nicht befugt war, die Elternvertreter zur Schließung der Schule anzuhören, nein sie hat auch ihre Pflichten aus § 62 (2) der Gemeindeordnung verletzt, indem sie zunächst Dritte über ihre Pläne unterrichtet, aber die zuständigen Gremien des Stadtrates nicht einmal informierte.

Auch DIE LINKE weiß, dass bei sinkenden Schülerzahlen über

Schulstandorte neu nachgedacht werden muss, aber so, wie es die Verwaltung praktiziert, funktioniert es nicht. Die Pläne verstoßen gegen die Interessen der SchülerInnen, der Eltern und der Lehrenden nicht nur der Jägerplatzschule sondern aller Förderschulen für Lernbehinderte.

Die Klassenstärken betragen im Durchschnitt 10-11 Schüler, das Land schreibt eine Stärke von maximal 15 Schülern vor. Die SchülerInnen der Schule am Jägerplatz werden nicht in ihren bestehenden Klassenverbänden in die anderen Schulen integriert, sondern sie sollen bestehende Klassen auffüllen. Diese Art der Fusion hat negative Auswirkungen auf die SchülerInnen des Jägerplatzes und auf die Klassen, die die SchülerInnen aufnehmen sollen. Optimale Lernbedingungen, wie sie an der Pestalozzischule seit September bestehen, werden aufgegeben und die Kontinuität in der Bildungs- und Erziehungsarbeit, die die SchülerInnen der Förderschulen dringend benötigen, sind nicht mehr gewährleistet.

Wir meinen, wenn eine Schulfusion erforderlich ist, sollte diese geordnet mit einer auslaufenden Beschulung erfolgen. Ausschließlich fiskalpolitischer Schulentwicklungsplanung ohne Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen werden wir energischen Widerstand entgegenzusetzen.“

Aus der Stadtratssitzung vom 16. Dezember 2009

Einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2010 gab es noch nicht, zur Kenntnis wurde nur ein Orientierungspapier zur Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 gegeben. Damit wurde die Verwaltung beauftragt, den Haushaltsplanentwurf 2010 vorzulegen, damit im Januar die Haushaltsberatungen beginnen können.

Das Orientierungspapier macht sehr deutlich darauf aufmerksam, dass für 2010 derzeit ein strukturelles Defizit im Verwaltungshaushalt von ca. 50,3 Mio. EUR avisiert wird. Im Nachtragshaushalt 2009 wurde noch von einer „Zielgröße“ von -20,1 Mio. EUR ausgegangen. Die Ursachen für das Wachsen des Defizits wird begründet durch das Zurückgehen der Steuereinnahmen (Einkommenssteuer, Gewerbesteuer) und durch Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG). Betont wird auch, dass die Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes durch steigende Sozialausgaben belastet wird. Die Verwaltung will jetzt mit einer umfassenden Aufgabenkritik alle Haushaltspositionen kritisch überprüfen. Im Orientierungspapier der Stadtverwaltung heißt es weiter: „Wir gehen davon aus, dass die drohende Fehlentwicklung unverschuldet durch die zu erwartenden Mindereinnahmen aus dem FAG begründet ist und weder kurz- noch mittelfristig selbst durch drastische Budgetkürzungen kompensiert werden kann“. Ein Ausgleich, und damit ein „Kaputtsparen“, wäre nur dann zu erreichen, wenn z. B. sehr schnell radikale Gegenmaßnahmen wie die Schließung ganzer Einrichtungen, die Streichung vieler freiwilliger Leistungen und Aufgaben oder aber auch deutliche Gebüh-

renerhöhungen erfolgen würde. Dies würde perspektivisch und strukturell dazu führen, dass in Aufgabenfelder und Themenbereiche eingegriffen und gespart werden müsste, die höchst negativ für die Attraktivität, die Lebensqualität und die Zukunftsqualität der Stadt Halle (Saale) wären. Ein rein haushaltsrechtlich-finanzieller Ansatz zur Kompensation der aktuellen Finanzlage der Stadt Halle kann aber nicht im Sinne des öffentlichen Auftrages der kommunalen Daseinsvorsorge als auch des städtischen Sozialgefüges sein.

Nicht behandelt wurden die „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft...“, die „Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales, Gleichstellung“ und die „Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14“.

Zu all diesen Vorlagen gab es noch Diskussionsbedarf in den Fachausschüssen.

Für Zündstoff sorgt die Vorlage der Verwaltung „Aufhebung des Beschlusses zur Mängelbehebung an der ‘Schule am Jägerplatz’ (Förderschule für Lernbehinderte)“. Der Antrag zielt darauf ab, die zugesagten Mittel für Reparaturen in der Schule am Jägerplatz von 120.000 EUR wieder zurückzunehmen. Eine Mehrheit des Rates - wenn auch ganz knapp mit dem Ergebnis von 26 zu 26 Stimmen - stimmte gegen den Verwaltungsvorschlag. Hendrik Lange plädierte für unsere Fraktion für den Erhalt der Schule mit den Argumenten: „Das ist keine Fehlinvestition. Die Schule hätte längst repariert werden können“. Somit

bleibt der Beschluss der Sanierung der Schule bestehen! Aber noch in der Ratssitzung hat Frau Oberbürgermeisterin Szabados angekündigt, gegen diesen Beschluss Widerspruch anzumelden (Inzwischen liegt der Widerspruch vor!) und damit diese Vorlage im Januar 2010 wieder auf die Tagesordnung des Stadtrates zu bringen.

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, der Jahresabschluss 2008 der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH, der Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle GmbH für das Jahr 2010, die Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle, die Änderung der Marktordnung und die Satzung zur Änderung der Schülerbeförderung wurden mehrheitlich beschlossen.

Heftige Kontroversen gab es wieder zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm. Mit einem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Änderungsplanfeststellungsbeschluss zum Flughafen Leipzig/Halle vom 17.07.2009 wurde die Diskussion erneut geführt. Der Antrag wurde letztlich abgelehnt. Herr Dr. Pohlack - Bürgermeister der Stadtverwaltung - nutzte die Gelegenheit für eine intensive Argumentation, die zwar gegen diesen Antrag ausging, aber auch optimistische Bemühungen der Stadt Halle (Saale) durch Verhandlungen in der Lärmschutz-Kommission des Flughafens beinhaltete.

Der Antrag unserer Fraktion, der sich gegen die militärische Nutzung ziviler Infrastrukturen richtet, wurde zur Weiterbehandlung in den Hauptausschuss verwiesen.

Ute Haupt, Stadträtin

DIE LINKE.queer

Gründungstreffen Netzwerk DIE LINKE. queer Sachsen-Anhalt

Für **Mittwoch, den 17. Februar 2010 um 18.30 Uhr** sind Mitglieder und SympathisantInnen der Partei DIE LINKE, die an queerer bzw. Lesben- und Schwulenpolitik interessiert sind, zum Gründungstreffen eines Netzwerkes DIE LINKE. queer in das **Frauzentrum „Weberwirtschaft“ in Halle (Karl-Liebkecht-Straße 34)** herzlich eingeladen.

Anknüpfend an den Ratschlag Queer 2007/2008 soll das Netzwerk, welches nach Bedarf Treffen organisiert, die gegenseitige Information, den Austausch und das Kennenlernen anderer Linken aller sexueller Orientierungen und Identitäten befördern.

Auf dem Treffen am 17. Februar wird Birke Bull (Stellvertretende Landes- und Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. Sachsen-Anhalt) über Aktivitäten und Themen vor allem aus parlamentarischer Sicht berichten - so zur Ergänzung des Diskriminierungsverbotes in Artikel 3 des Grundgesetzes und zur Gleichstellung von eingetragenen LebenspartnerInnen im Landesrecht.

Ants Kiel wird über die Tätigkeit des Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches Sachsen-Anhalt informieren. Anschließend könnte ein Austausch über zukünftige Aktivitäten im parlamentarischen und außerparlamentarischen Bereich stattfinden bzw. Ideen und Wünsche eingebracht werden.

Wer am 17. Februar nicht nach Halle kommen kann, aber einer Vernetzung interessiert ist, melde sich bitte bei Ants Kiel, um in den Verteiler aufgenommen zu werden. Für Ideen und Nachfragen steht er ebenso als Ansprechpartner zur Verfügung.

Netzwerk DIE LINKE. queer Sachsen-Anhalt

c/o Ants Kiel

E-Mail: Ants.Kiel@web.de

Sieben Fragen zur Streitkultur in der LINKEN

„Neues Deutschland“ vom 13.01.2009

Der »Fall Bartsch« signalisiert einen Umgang bei der innerparteilichen Lösungssuche, der für viele unerwartet kommt.

Linksfraktions-Chef Gregor Gysi hat im öffentlichen Teil der Fraktionsklausur am 11. Januar dem Bundesgeschäftsführer der Partei, Dietmar Bartsch, Illoyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine vorgeworfen. Ganz offensichtlich war Bartsch völlig überrascht von dieser Form der Konfrontation. Fragen stellen sich auch dem aufmerksamen Beobachter der letzten Streittage. Sie betreffen in diesem Fall nicht die politischen Positionen, die auch in der Führungsspitze der Partei offenkundig nicht überall deckungsgleich sind, sondern den aus vermutlichen politischen Differenzen heraus folgenden Umgang innerhalb der LINKEN. Dieser ist - gemessen am Anspruch eigener politischer Kultur - durchaus ungewöhnlich.

Gregor Gysi erklärte in seiner Rede generell und ohne konkrete Zuordnung, in der Partei sei ein Klima der Denunziation entstanden. Das konnte man zunächst auf die zahlreichen Briefe, SMS und Mails beziehen, die Gysi in letzter Zeit aus der ganzen Partei erhält und in denen allerhand Beschwerden geäußert werden, u. a. über den Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. Als einzige personelle Zuspitzung sagte Gysi dann, Bartsch sei »in einem Fall illoyal« gewesen gegenüber einem der beiden Parteivorsitzenden. In einigen Medien sah das dann so aus: Der ZDF-Videotext berichtete, Gysi

habe Bartsch bezichtigt, »durch ihn sei in der Partei ein unerträgliches Klima der Denunziation entstanden«. Im ARD-Videotext hieß es ganz ähnlich, Gysi werfe Bartsch ein Klima der Denunziation vor. »Focus online« meldete unter der reißerischen Überschrift »Linke versinkt in Verrat und Misstrauen« (hier war wohl der Wunsch der Vater der Schlagzeile): Gysi gibt Bartsch Schuld an einem Klima der Denunziation. »Stern online« wusste, dass der Machtkampf in der LINKEN »vor allem von Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch sehr weit unterhalb der Gürtellinie geführt worden ist«. Ähnliche Aufnahme fand dies in mehreren Druckausgaben.

FRAGE: Entspricht dieser Tenor der Berichterstattung dem, was Gregor Gysi gemeint hat, oder tritt die LINKE dem entgegen, bevor er zur chronistischen Wahrheit wird?

Noch am letzten Mittwoch (6. Januar) hatte der Parteivorsitzende Lothar Bisky »Mutmaßungen und Unterstellungen gegenüber unserem Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch« gerügt. Er warnte davor, »selbstzerfleischend übereinander herzufallen«, und erklärte: »Wir alle brauchen Oskar Lafontaine, aber auch Dietmar Bartsch.« Dies wurde so verstanden, dass Bisky sich beide weiter in ihren bisherigen Funktionen wünsche. Die »Süddeutsche Zeitung« schrieb am 7. Januar: »Gysi sagte der SZ, er schließe sich der Erklärung Biskys an.«

FRAGE: Gilt das seit Montag nicht mehr - und warum?

Bartsch wird vor allem eine Äußerung gegenüber dem »Spiegel« (16.11.2009) angelastet: dass im engsten Führungskreis der LINKEN schon Anfang 2009 über Oskar Lafontaines Absicht diskutiert worden sei, nach der Bundestagswahl nicht mehr den Fraktionsvorsitz zu übernehmen. Ähnliches hatte er auch drei Wochen zuvor, am 26.10.2009 in einem Interview mit dem ND geäußert (siehe die Zitate in unserer gestrigen Ausgabe). Im Grunde war diese Sachlage aber auch Ende Oktober schon keine Neuigkeit mehr: Lafontaine selbst hatte bei seinem Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Fraktionsvorsitz am 9. Oktober gegenüber der Presse gesagt: »Ich habe seit Langem die Absicht, mich auf den Parteivorsitz zu konzentrieren« (zitiert nach »Berliner Zeitung« vom 10./11.10.2009, gleichlautend oder ähnlich von der »Welt«, dem »Tagesspiegel«, dem ND und anderen Zeitungen notiert). Wann Lafontaine die unmittelbar mit ihm in der Partei- und Fraktionsführung zusammenarbeitenden Genossen über seine »seit Langem« bestehende Absicht informiert hat, sagte er damals nicht. Es wäre aber ungewöhnlich und irritierend, wenn diese es ebenso wie die Fraktion und die Presse auch erst bei der Fraktionsklausur am 9. Oktober erfahren hätten.

FRAGE: Was ist daran illoyal, wenn ein Bundesgeschäftsführer öffentlich mitteilt, der engste Führungskreis sei nicht mit einer »seit Langem« bestehenden Absicht eines ihrer Vorsitzenden verblüfft worden?

Nach der Fraktionsklausur am 9. Oktober in Rheinsberg ging Lafontaine in Urlaub, nahm auch an der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 27. Oktober nicht teil. Mehrere Wochen war nichts von ihm zu hören; die Spekulationen darüber, ob er mehr als einen Rückzug vom Fraktionsvorsitz plane, schossen ins Kraut. Am 16. November erschien der »Spiegel« Artikel, in dem sich das inkriminierte Bartsch-Zitat findet und ein Gerücht über eine Liebesbeziehung Lafontaines mit Sahra Wagenknecht breitgewalzt wird. Mit Bezug auf das Bartsch-Zitat bezeichnete es der »Spiegel« als Wählertäuschung Lafontaines, erst als Spitzenkandidat anzutreten und dann nicht den Fraktionsvorsitz zu übernehmen.

FRAGE: Kann man Bartsch für die Schlussfolgerung und Polemik des »Spiegel« in Haftung nehmen? Ist die krude Interpretation des »Spiegel« nicht unabhängig davon absurd, ob öffentlich bekannt oder unbekannt ist, zu welchem Zeitpunkt Lafontaine einen engeren Führungskreis der Partei über seine Absicht informiert hat?

Einige parteiinterne Kritiker von Bartsch haben erklärt, nur wegen dessen Äußerungen gegenüber dem »Spiegel« habe sich Lafontaine genötigt gesehen, seine Krebserkrankung öffentlich zu machen. Der zeitliche Ablauf war so: Am 16. November erschien der »Spiegel« Artikel, am 17. November teilte Lafontaine in einer Erklärung mit, er werde sich zwei Tage später wegen einer Krebserkrankung »zu einem seit längerem geplanten chirurgischen Eingriff in eine Klinik« begeben. Am 19. November fand die Operation statt.

FRAGE: Hätte Oskar Lafontaine vor seiner zwei Tage später folgenden Operation nicht ohnehin erklären müssen, warum er für mehrere Wochen nicht in der Öffentlichkeit auftreten kann?

Vieles deutet nun darauf hin, dass Dietmar Bartsch nach dem nächsten Parteitag im Mai nicht mehr Bundesgeschäftsführer sein wird. Sein »Verzicht« auf eine erneute Kandidatur scheint nach der Erklärung von Gregor Gysi fast unausweichlich zu sein - unabhängig davon, ob es nach dem Mai überhaupt noch einen Parteivorsitzenden Lafontaine geben wird, dessen Vertrauen zum Bundesgeschäftsführer Bartsch zerstört sei.

FRAGE: Sehen auch die anderen Spitzengenossen ihr Vertrauen zu Bartsch zerstört? Wird hier jemand in einer Art Vabanquespiel aus dem Amt »geräumt« oder ist es doch die unausgesprochene Bedingung vor einer Entscheidung Lafontaines?

Seit seiner Operation vor anderthalb Monaten ist Oskar Lafontaine, abgesehen von seiner Teilnahme und Rede auf der Trauerfeier seines verstorbenen Freundes Alfred Hrdlicka am 19. Dezember in Wien, nicht mehr öffentlich aufgetreten. Gegenüber der »Saarbrücker Zeitung« sagte er am 8. Januar: »Ich muss noch eine Reihe von Untersuchungen abwarten, ehe ich über meine weitere politische Zukunft entscheiden kann.« Tatsächlich ist es nicht zumutbar, ihn zu einer Mitteilung zu drängen, ob er auf dem Parteitag im Mai für weitere zwei Jahre als Parteivorsitzender zur Verfügung stehen wird. Aber alle Spekulationen darüber gehen an einem anderen Punkt vorbei: Mindestens bis zum Mai ist Lafontaine

Vorsitzender der LINKEN. Er dürfte die aktuellen Verdächtigungen und Streitereien in seiner Partei vermutlich zur Kenntnis nehmen, sicher auch eine Meinung dazu haben, zumal Gregor Gysi nach seinem Besuch bei ihm in der vergangenen Woche im ND-Interview sagte: »Man kann sich sehr gut mit ihm über alle Dinge unterhalten.«

FRAGE: Warum schweigt Lafontaine zu einer Auseinandersetzung, die die LINKE in eine Zerreißprobe zu führen droht, und lässt sich nur von anderen interpretieren, zu wem sein Vertrauensverhältnis intakt oder nicht intakt ist? Ist auch der Wunsch aus seiner Partei unzumutbar, dass er ihr eine kurze klärende Stellungnahme zum aktuellen Streit zukommen ließe? Die Fragen notierten Wolfgang Hübner und Jürgen Reents.

Die Basisorganisation
208/289 Rosengarten
spendete im Jahr 2009
363 Euro
für Milch für Kubas Kinder
sowie 50 Euro
Wahlkampfspende.

Linkes Blatt
Impressum:
DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345/20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
14.01.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 28.01.2010

DRESDEN NAZIFREI

Am 13. Februar 2010 werden wir zusammen mit tausenden von Menschen den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden verhindern.

Im Jahr 2009 marschierten fast 7000 Nazis durch unsere Stadt. Ihr Ziel ist es, die Verbrechen des Nazi-Regimes zu leugnen und Nazi-Deutschland zum eigentlichen Opfer des 2. Weltkrieges umzuwandeln. Wir aber wissen: der verbrecherische Krieg ging von Nazi-Deutschland aus und kehrte 1945 nach Dresden zurück.

Im Jahr 2010 werden wir Dresdnerinnen und Dresdner gemeinsam mit allen antifaschistischen Kräften, aus den Gewerkschaften, Parteien, Jugend- und Studierendenverbänden, der Friedens- und Umweltbewegung, der radikalen Linken, globalisierungskritischen Gruppen und gewaltfreien Aktionsgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet den Aufmarsch der Nazis verhindern. Nie wieder werden wir den Anhängerinnen des verbrecherischen Nazi-Regimes unsere Städte überlassen!

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Im letzten Jahr haben über 10.000 Menschen gegen den Naziaufmarsch demonstriert. In diesem Jahr wollen wir einen Schritt weitergehen. Wie in Jena, Köln und Berlin bereits erfolgreich durchgesetzt, werden wir uns auch in Dresden durch Aktionen des zivilen Ungehorsams mit Massenblockaden den Nazis entgegen stellen und sie blockieren. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Wir sind bunt und wir stellen uns dem braunen Mob in den Weg. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Dabei sind wir solidarisch mit allen, die mit uns dieses Ziel teilen und dem Naziaufmarsch in Sicht und Hörweite entgegen treten wollen.

Unterstützt uns Dresdnerinnen und Dresdner
und kommt am 13. Februar 2010 in unsere Stadt –
gemeinsam werden wir die Nazis stoppen!

WWW.DRESDEN-NAZIFREI.DE

DRESDEN
STELLT SICH
QUER!

In Dresden sind die Chancen für eine noch wirksamere und breitere Widerstandsfront gegen den alljährlichen Neonaziaufmarsch im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 gewachsen. Während im letzten Jahr die Zersplitterung des Widerstandes mit dem „GehDenken“ einerseits und dem Aufruf zum stillen Gedenken andererseits offensichtlich war, hat nun ein Runder Tisch die Bürgerschaft zu einer Menschenkette eingeladen. Sie soll am 13. Februar von der 1938 niedergebrannten Synagoge vorbei am Denkmal der Trümmerfrau vor dem Rathaus bis zum Altmarkt reichen, wo vor 65 Jahren viele Opfer der Bombenangriffe verbrannt wurden. Der Protest gegen die Rechtsextremen erhält diesmal einen betont überparteilichen Charakter, und die Dresdener Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) erklärte, die demokratischen Kräfte dürften sich die Kultur der Erinnerung nicht nehmen lassen. Anmelder sind deshalb auch der Superintendent, ein Sportfunktionär, eine Überlebende und der Rektor der TU Dresden.

Die positive Resonanz der Gewerkschaften auf den Aufruf verdeutlichte DGB-Regionalchef Ralf Hron. Gewerkschafter aus dem gesamten Bundesgebiet hätten bereits ihre Beteiligung signalisiert. Auch der Verein „Bürger Courage“ nannte den Aufruf einen Schritt in die richtige Richtung, warnte aber auch vor „verfrühter Genügsamkeit“. Deshalb bleibt zugleich die Aktion des Bündnisses „Dresden stellt sich quer“ aktuell, das von Jusos über Linkspartei und Grüne bis zur Antifa unterstützt, zu Massenblockaden und Verhinderung des Naziaufmarsches in der Elbestadt aufruft. Zu den Erstunterzeichnern dieses Aufrufs zählen neben Künstlern auch der Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) aus Jena, wo man schon jahrelang Erfahrungen mit der Blockade rechtsextremer Großveranstaltungen wie dem sogenannten „Fest der Völker“ hat. Auch an Erfahrungen aus Köln und weiteren Städten, wo erfolgreich rassistische Veranstaltungen blockiert wurden, soll angeknüpft werden. Scharf kritisierte Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion Die Linke im sächsischen Landtag, Äußerungen des sächsischen Verfassungsschutzpräsidenten, der den friedlichen Protest der Blockierer diskriminierte, schon wieder heftige Auseinandersetzungen und Racheakte prognostizierte, alle Gegner des Naziaufmarsches als „Linksextreme“ abzustempeln versuchte.

Informationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus

Frauen ganz links

Ein Ost-Termin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

3. Februar 2010, 18-20 Uhr

Steintor-Varieté, Am Steintor 10, 06112 Halle (Saale)

mit **Andrea Ypsilanti**, MdL und **Sahra Wagenknecht**, MdB

Moderation **Roland Claus**, MdB

Eintritt frei.

In den vergangenen 20 Jahren wurden besonders im Osten, aber auch im Westen Deutschlands, viele Erfahrungen mit Wende und Umbrüchen gesammelt - bittere, schmerzhaft, zukunftsbejahende, trotzig, heitere. Bis heute ist das gegenseitige Bild der Ost- und Westdeutschen oft von Vorurteilen und Unkenntnis geprägt. Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung verschiebt mit ihrer ostblinden Politik die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West in die ferne Zukunft und trägt zu einer Vertiefung der innerdeutschen Spaltung bei.

In der Veranstaltungsreihe Ost-Termin stellt Roland Claus seit vier Jahren Menschen aus Ost- und Westdeutschland mit ihren Erlebnissen und Eindrücken des Umbruchs und der heutigen Zeit vor. Dabei kommen Prominente mit Ost-Biographie und Prominente aus Westdeutschland miteinander und mit dem Publikum über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Ostdeutschland ins Gespräch.

In Halle (Saale) wird Roland Claus mit Andrea Ypsilanti und Sahra Wagenknecht über ihre Ost-West-Erfahrungen und über verschiedene Formen des Neubeginns sprechen. Gemeinsam mit dem Publikum wollen wir aus linker Perspektive diskutieren, wie Ost und West weiter zusammenwachsen können.

Aus der Krise führen nur neue Wege. Hat der Osten hier einen Vorsprung? Weiß die Linke einen Weg? Freuen Sie sich mit uns auf einen spannenden Abend.

"Mitreden über Europa" am 15. Februar 2010 in Halle (Saale)

Am Montag, 15. Februar 2010 können Sie in Halle (Saale) "Mitreden über Europa". Im Festsaal des Stadthauses stehen Ihnen ab 19 Uhr folgende Europaexperten auf dem Podium Rede und Antwort:

Prof. Dr. Lothar Bisky, Mitglied des Europäischen Parlaments (Die LINKE)

Ska Keller, Mitglied des Europäischen Parlaments (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Holger Krahrmer, Mitglied des Europäischen Parlaments (FDP)

Dr. Horst Schellhardt, Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU)

Tilmann Tögel, Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt (SPD)

Carsten Lietz, Pressesprecher der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Eine Veranstaltung des Informationsbüros des Europäischen Parlamentes.

Der Eintritt ist frei.

Lieber verehrter Professor Willi Sitte,

der Ortsverband Halle der GBM gratuliert Dir, dem bekannten Maler und Graphiker und standhaften Kommunisten, recht herzlich zur Verleihung des Menschenrechtspreises 2009 der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde.

Wir sind sehr erfreut, dass diese besondere Ehrung einem namhaften Mitglied der Bürgerschaft unserer Region verliehen wird. Auch sind wir stolz, dass ein Mitglied unserer Organisation diese Würdigung erhält. Damit stehst Du in einer Reihe mit so hervorragenden Persönlichkeiten wie Fidel Castro, Angela Davis und Professor Dr. Friedrich Wolf.

Für die nächsten Jahre wünschen wir Dir alles Gute, Gesundheit und Schaffenskraft.

Brief des Ortsverbandes der GBM vom 20.12.2009